

Linth-Zeitung

Die einzige Tageszeitung in See-Gaster

Sexueller Missbrauch – happige Vorwürfe ehemaliger Schüler

Hinweise auf «schwersten sexuellen Missbrauch». Die Christliche Schule Linth und die Gemeinde Hof Oberkirch in Kaltbrunn legen den Untersuchungsbericht auf. Er ist erschütternd.

Urs Schnider

16.07.22 - 06:55 Uhr **Ereignisse**



«Theologie der Angst»: Bei den Vorgängerorganisationen der Christlichen Schule Linth und der Evangelischen Gemeinde Hof Oberkirch führte die vertretene Lehre zu Grenzüberschreitungen und teilweise schweren Missbräuchen.

1 / 2

ARCHIV

Was an der Domino Servite Schule und der Mission Kwasizabantu in Kaltbrunn wirklich passierte, wird wohl nie restlos geklärt werden. Jedenfalls nicht juristisch aufgearbeitet, so scheint es. In den beiden Vorgängerorganisationen der Christlichen Schule Linth (CSL) sowie der Evangelischen Gemeinde Hof Oberkirch (EGHO) herrschte jedenfalls eine «Theologie der Angst», wie es im Schlussbericht zur Untersuchung heisst. Der Bericht liegt der «Linth-Zeitung» exklusiv vor. Er war von der CSL und der EGHO in Auftrag gegeben worden, um Klarheit zu bekommen über die Vorkommnisse in der Vergangenheit (siehe Infobox).



Immer wieder gab es in Kaltbrunn und der Region Gerüchte, wonach in den beiden Institutionen Kinder geschlagen und psychisch unter Druck gesetzt würden. Die Mission Kwasizabantu war mehrfach in die Schlagzeilen geraten. Sie pflegte eine Lehre der Angst und Verunsicherung. «Die Anwendung von körperlicher Züchtigung wurde als gerechtfertigte Strafe religiös verbrämt», heisst es im Bericht. Auch war die Rede von Korruption und Veruntreuung von Spendengeldern.

Der Abschlussbericht der Untersuchung zeigt nun: Es waren wohl nicht nur Gerüchte. Zwar betonen die Autoren des Berichts, dass die Rückmeldungen

zunächst nur die subjektive Sicht der Betroffenen wiedergeben, aber es «spreche viel für die Glaubhaftigkeit» der Aussagen (siehe Infobox).

Happige Vorwürfe gegen früheren Präsidenten der Mission

Wie es im Abschlussbericht heisst, führte die von der Mission vertretene Lehre im Alltag der Gemeinde und der Schule zu Grenzüberschreitungen und teilweise schweren Missbräuchen in religiöser, psychischer, körperlicher und sexueller Hinsicht. Die Betroffenen berichteten bei der eigens geschaffenen Meldestelle (siehe Infobox) von fehlendem Persönlichkeitsschutz, von Blossstellungen, von induzierten Schuldgefühlen und von einer eigentlichen Verhörpraxis.

Es habe ein Bekennungsdruck und eine Kultur der Denunziation vorgeherrscht sowie der Manipulation und der Drohungen. Zudem wird berichtet von körperlichen Züchtigungsritualen, von Unterdrückung der Frauen, von Diabolisierung zwischengeschlechtlicher Kontakte, aber auch von Übersexualisierung und Tabuisierung und von Missachtung der Intimität.

Darüber hinaus gibt es Hinweise auf sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen durch eine Lehrperson und selbst auf schwersten sexuellen Missbrauch durch einen ehemaligen Präsidenten der damaligen Missionswerke Kwasizabantu Schweiz und Domino Servite sowie mehrere Seelsorger.

Mit einer Anzeige müssen die Beschuldigten vorderhand nicht rechnen. Denn gemäss dem Mediensprecher der beiden Organisationen haben deren juristische Berater davon abgeraten, von sich aus Anzeige zu erstatten. «Wir sollen nicht ein Verfahren anstreben, das die Betroffenen vielleicht gar nicht wollen», sagt Markus Baumgartner. Die Initiative soll bei den Betroffenen liegen.

Zu diesem Schluss sei man zusammen mit dem Psychologenteam der Meldestelle gekommen. Die Gefahr sei gross, dass die Betroffenen das Durchgemachte durch ein juristisches Vorgehen nochmals «erleben» würden. «Das kann sehr belastend sein.» Deshalb sollen Betroffene von sich aus entscheiden können, ob sie Strafanzeige einreichen wollen oder nicht. «Wenn jemand zum Schluss kommen sollte, juristisch vorgehen zu wollen, würden Schule und Kirche aber Unterstützung bieten», so der Mediensprecher weiter.

Schule und Gemeinde wollten «unbedingt Strafanzeige»

Die Verantwortlichen von Schule und Kirche hätten insistiert, sie würden sich wünschen, dass die Sache auch juristisch aufgearbeitet wird, wie der neue Leiter der EGHO Josef Morger betont. Er zeigt sich äusserst erschüttert, war er doch früher selbst Schüler im Hof Oberkirch in Kaltbrunn (siehe Nachfragefragt).

Der beschuldigte Lehrer lebt immer noch in der Schweiz, ist aber nicht mehr an der Schule. Das seien keine der Lehrpersonen, die im Bericht von den Betroffenen «erwähnt» werden. Alle seien nicht mehr an der Schule, betont Baumgartner.

Im Schlussbericht heisst es weiter, die «Verfehlungen» seien vorwiegend bis 2002 passiert und stünden «im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Wirken des ehemaligen Präsidenten» der damaligen Missionswerke, von denen man sich jedoch in jenem Jahr getrennt habe, wie es im Bericht heisst.

Der Fall der genannten Vergewaltigung durch eine Lehrperson passierte gemäss den Angaben der Betroffenen ebenfalls vor 2002, der betroffene Lehrer war jedoch bis 2017 noch an der CSL tätig. Da es sich dabei um ein Offizialdelikt handelt, müsste eigentlich die Staatsanwaltschaft oder die Polizei von Gesetzes wegen ermitteln. Denkbar also, dass auch ohne eine

offizielle Anzeige doch noch Ermittlungen aufgenommen werden.

Wie konnte das unter dem Deckel behalten werden?

Erstaunlich ist für viele der Betroffenen, aber auch Aussenstehende, dass die genannten «Taten» so lange unentdeckt blieben. Immerhin betreffen fast 60 Prozent der Fälle religiösen und psychischen Missbrauch. Das wären allein schon 35 Personen, die davon betroffen waren. Und die haben alle geschwiegen?

Mediensprecher Baumgartner räumt ein: Ja, das sei eine hohe Zahl. «Es liegt aber auch in der Natur der Sache. Es wurde ein System des ‹strafenden Gottes› aufgerichtet. Mit Druck und Angst ‹gearbeitet›. Das war die Grundvoraussetzung, dass diese Vorgänge überhaupt unentdeckt blieben.»

Diese «Pädagogik» habe sich an die Schwächsten gewandt, so Baumgartner. «Selbstbewusste Schülerinnen und Schüler von Gönnern oder solche, die nicht im Internat waren, liess man in Ruhe.» Demgegenüber gab es Kinder im Internat, von denen viele Eltern auch in der Gemeinde waren. «Viele haben einfach dichtgehalten, weil sie in diesem System gefangen waren. Gab es Schläge in der Schule, sagten viele lieber nichts zu Hause, weil sie dort sonst nochmals mit Strafen rechnen mussten», erläutert Baumgartner.

Inzwischen wurde eine Ombudsperson eingesetzt, ein Mann. Es werde aber auch noch eine Frau gesucht für diese Aufgabe. Und es gibt Gesprächsangebote für Betroffene, dass sie auch mit Personen darüber reden können, die ab dem Jahr 2000 die Verantwortung tragen. Viele hätten es als sehr positiv beurteilt, dass sie überhaupt einmal darüber reden konnten, sagt Baumgartner.

Und er sei in erster Linie froh, dass gegenüber dem Vorbericht (Ausgabe vom 19. Januar) keine neuen Fälle mehr aufgetaucht seien. Aus heutiger Sicht

habe es bereits Ende der 1990er-Jahre in Südafrika Gerüchte gegeben, dass die umstrittene Lehre zu Verfehlungen geführt habe. «In Kaltbrunn wurde das erst 2018 deutlich, und das führte dann zur konsequenten Abkehr von Südafrika und schliesslich zu dieser Aufarbeitung», so Baumgartner.

«Wir wollen und werden allen helfen, die das brauchen»

Ob Entschädigungen bezahlt würden und wie viel, das ist laut dem Mediensprecher nicht die entscheidende Frage. «Wir wollen und werden allen helfen, die das brauchen.»

Es soll keine Labels geben und man wolle keine Beträge nennen, «welches Vergehen welchen Betrag ergibt». Wenn jemand von den Betroffenen Hilfe benötige, werde diese möglichst unbürokratisch organisiert, verspricht Baumgartner.

Eine weitere Frage, die sich stellt: Wieso hat die Aufsichtsbehörde, also das Bildungsdepartement, nicht insistiert, sondern die Bewilligung für die Privatschule trotzdem erteilt?

Den Aufsichtsinstanzen waren die Vorwürfe durch Medienberichte bekannt. Auch die Vorgängerin der «Linth-Zeitung», die «Südostschweiz See-Gaster», schrieb mehrfach darüber und konfrontierte die Verantwortlichen. Der damalige Leiter des kantonalen Amtes für Volksschule, Felix Baumer, sagte 2006 in einem Interview zusammengefasst: Man habe aufgrund von Vorwürfen von Ehemaligen im Jahr 2000 eine Untersuchung eingeleitet und der Schule rechtliches Gehör gewährt. «Es stand Aussage gegen Aussage», sagte Baumer damals. Alle Anschuldigungen seien umfassend abgeklärt worden. Aber es habe keine handfesten Beweise gegeben, die eine Schliessung juristisch gerechtfertigt hätten.

Kanton windet sich bei Fragen zur Aufsichtspflicht

Und heute? Wie reagiert das Bildungsdepartement auf den Bericht und die Vorkommnisse in Kaltbrunn? Haben die damaligen und die heute Verantwortlichen ihre Aufsichtspflicht im Fall Kaltbrunn wahrgenommen? Die Stellungnahme des Kantons fällt langatmig aus. Die Schulaufsicht sei um die Jahrtausendwende, also 2000, anders organisiert gewesen als heute, schreibt das Bildungsdepartement (BLD). Die Aufsichtstätigkeit wurde damals durch den Bezirksschulrat (BSR) wahrgenommen. Aus den damaligen Akten seien keine Beanstandungen ersichtlich. Meldungen von «Geschädigten» an den Kanton habe es keine gegeben.

Dass im Jahr 2000 die Bewilligung der Schule überprüft wurde, wird bestätigt. Allerdings habe diese keine neuen Erkenntnisse gebracht, welche zum Bewilligungsentzug hätten führen können. Bis 2004 nahm weiterhin der BSR die Aufsichtstätigkeit wahr, er wurde jedoch abgeschafft und die regionale Schulaufsicht übernahm die Aufgabe. Auch sie wurde 2012 abgeschafft. Danach sei die Aufsicht «generell neu geregelt und professionalisiert» worden, schreibt das BLD weiter.

Reicht es, Bericht zu erstatten an die Aufsichtsstelle?

Die Aufsicht über die Privatschulen sei heute beim Amt für Volksschule bei der Abteilung Aufsicht und Schulqualität angesiedelt. «Diese steht mit jeder Privatschule regelmässig in Kontakt, etwa in Form von Gesprächen, Besuchen und Visitationen, auch unangemeldeten.» Dabei werde angestrebt, möglichen Unruhe- und Problemfeldern präventiv und proaktiv entgegenzuwirken.

Und mit den heutigen sozialen Medien würde ein allfälliger Missstand sehr schnell an die Öffentlichkeit gelangen, schreibt das BLD. Privatschulen mit Internaten – jene in Kaltbrunn führt heute kein Internat mehr – hätten eine spezielle interne Aufsicht zu bestellen, welche regelmässig Bericht an die kantonale Aufsicht erstatten müsse. «Mit diesen Vorkehrungen wird an-

gestrebt, Missstände und Missbräuche zu verhindern oder möglichst früh zu erkennen», schreibt das Bildungsdepartement weiter.

Nachgefragt

«Mich haben die Erfahrungen der Betroffenen tief bewegt und erschüttert»

Die Vorwürfe sind happig. Es gilt jedoch festzuhalten, dass diese «lediglich» die Sicht der Betroffenen wiedergeben (siehe Infobox). Und die Verantwortlichen haben neun Massnahmen verabschiedet (Ausgabe vom 19. Januar). Unter anderem sind alle Vertreter in Schul- oder Gemeindegremien zurückgetreten. Der neue Leiter der Evangelischen Gemeinde Hof Oberkirch, Josef Morger, stellt sich den Fragen der «Linth-Zeitung». Als Kind war er selber Schüler bei Domino Servite – der Vorgängerin der heutigen Christlichen Schule Linthgebiet (CSL). Die Missbrauchsvorwürfe betreffen insbesondere Domino Servite und das Missionswerk Kwasizabantu Schweiz.

Josef Morger, Sie haben als Kind die Schule im Hof Oberkirch besucht. Wie haben Sie die Schule erlebt, deckt sich Ihre Erfahrung mit dem, was nun im Schlussbericht steht? Josef Morger: Ich habe die Schule von 1995 bis 2000 besucht. Persönlich habe ich gute Erinnerungen an meine Schulzeit. Umso erschreckender war es für mich nun zu erfahren, was Mitschülerinnen und Mitschülern an der Schule widerfahren ist. Die Berichte haben mich tief erschüttert. Jeder einzelne Fall war und ist schrecklich und bedauernswert.

Haben auch Sie Missbrauch erlebt oder als Schüler etwas mitgekriegt? Nein, ich habe weder selbst Missbrauch erlebt noch als Kind etwas davon mitgekriegt. Es deckt sich mit dem, was das Untersuchungsteam herausgearbeitet hat, wonach es ein ausgeklügeltes System der Konspiration gab. Das Einzige, was ich

«Subjektive Sicht der Betroffenen»

Die Christliche Schule Linth (CSL) und die Evangelische Gemeinde Hof Oberkirch (EGHO) erteilten den Autoren der Anwaltskanzlei Capt und Zollinger in Wetzikon ZH den Auftrag, die Vergangenheit der Vorgängerorganisationen Domino Servite Schule sowie Mission Kwasizabantu Schweiz im Rahmen einer externen und unabhängigen Untersuchung aufzuarbeiten.

Zugleich luden sie fast 500 ehemalige Schülerinnen und Schüler sowie Mitglieder der Gemeinde schriftlich ein, sich an eine unabhängige Meldestelle zu wenden, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Die Meldestelle sind eine Therapeutin und ein Therapeut einer Praxisgemeinschaft in Bern.

Grundlage des Untersuchungsberichts bilden einerseits die den Autoren zur Verfügung gestellten offiziellen Akten der CSL und der EGHO, andererseits der von der Praxisgemeinschaft erstellte Abschlussbericht, in welchem die eingegangenen Rückmeldungen von Betroffenen geschildert werden.

«Aus den Akten ergibt sich, dass die Domino Servite Schule immer über die erforderlichen Bewilligungen verfügte und ihren gesetzlichen Auskunftspflicht gegenüber den staatlichen Aufsichtsbehörden uneingeschränkt nachgekommen war», heisst es im Schlussbericht. Abgesehen von einem angedrohten Bewilligungsentzugsverfahren Anfang der 2000er-Jahre habe es keine wesentlichen Beanstandungen gegeben.

Die Autoren des Schlussberichts betonen: «Rückmeldungen geben zunächst nur die subjektive Sicht der Betroffenen wieder.» Die Praxisgemeinschaft habe diese Aussagen der Betroffenen entgegengenommen, ohne sie in tatsächlicher Hinsicht zu hinterfragen oder im Hinblick auf deren Glaubhaftigkeit zu überprüfen



Mitarbeiter/in Room Service (m/w/d) 100 %
VAMED Management und Service Schweiz AG



Mitarbe
Cabrillan



Servicefachperson / Betreuer (w/m) 60% - 70%
Plankis Stiftung



Leiter V
EMS-CHE



Servicefachangestellte (m/w)
Viamala Raststätte Thuis AG



Koch (C
Viamala I

